



Angelo Barrile

Hausarzt | Nationalrat

Bericht zwischen den Sessionen: Herbst 2016

Hallo subscriber

Genau in der Mitte zwischen der letzten und der nächsten Session und kurz nach den Herbstferien erlaube ich mir, Dir einen kleinen Rückblick aus meiner persönlichen Sicht zukommen zu lassen. Während und kurz nach der Session werden wir jeweils mit Informationen überflutet, einen Monat danach haben wir bereits wieder vergessen, was Ende September aktuell war. Ich helfe Dir auf die Sprünge...

Für mich war die vor vier Wochen zu Ende gegangene Herbstsession die bisher strengste und spannendste Session, weil zwei grosse Geschäfte aus meiner Staatspolitischen Kommission zur Debatte standen: die Integrationsvorlage und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI). Im Nachgang dazu kam es zu einem Rentenmassaker und es wurde die erleichterte Einbürgerung der 3. Generation verabschiedet. Nächsten Februar wird diese Vorlage zur Abstimmung kommen.

Viel Spass und Ärger beim Lesen

Angelo

Die wichtigsten Geschäfte der Herbstsession 2016: (m)ein Rückblick!

Integrationsvorlage

Integration wird häufig mit Assimilation gleichgesetzt oder verwechselt, ist aber etwas anderes. Integration ist der Einbezug von Personen, auch wenn diese eine andere Werthaltung vertreten. Assimilation ist das Sich-Angleichen von Personen, bis hin zur Verschmelzung.

Zusammen mit Cesla Amarelle war ich in der Fraktion für die Integrationsvorlage zuständig. Darin geht es um die Anpassung des Ausländergesetzes. Diese enthält Fortschritte und Verschärfungen.

Zu den wichtigsten Fortschritten gehört die leichtere Integration von Flüchtlingen und vorläufig aufgenommen Menschen in den Arbeitsmarkt:

- die unfaire Sonderabgabe an den Staat von 10% des Lohnes fällt weg.
- der Arbeitgeber muss nicht mehr bürokratisch Arbeitsbewilligungen einholen, sondern es wird eine einfache Meldepflicht eingeführt (somit ist auch der Anreiz grösser, Menschen anzustellen, die bereits in der Schweiz sind).
- Flüchtlinge erhalten so eine grössere Chance zur Wahrung einer würdigen Existenz, da sie sich durch ein eigenes Einkommen von der Sozialhilfe emanzipieren können. Die Integration in die Arbeitswelt erleichtert nachgewiesenermassen die Aufnahme in die Gesellschaft.

Die Integrationsvorlage enthält auch Verschärfungen:

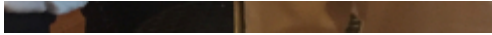
- die Niederlassungsbewilligung C wird nur nach erfolgter „Integration“ erteilt (Betonung auf die Gänsefüsschen), d.h. Erwerb der ortsüblichen Landessprache, Arbeit oder Studium erforderlich, zudem sind sog. Integrationsvereinbarungen möglich.
- der Familiennachzug ist nur möglich, wenn der Wille zur Integration von den Nachziehenden ebenfalls von vornherein ersichtlich ist (z.B. Anmeldung zu Sprachkurs).
- die Niederlassung C kann auch nach 15 Jahren noch zurückgestuft werden, falls man nicht „integriert“ ist [diese Norm wurde gegen unseren Willen leider nicht gestrichen].

Die SP-Fraktion wäre bereit gewesen, diesen Kompromiss in Kauf zu nehmen, da es neben den Verschärfungen auch deutliche Verbesserungen gab.

Doch die rechtsbürgerliche Mehrheit trieb es zu weit, indem sie den Familiennachzug für vorläufig Aufgenommene ganz streichen wollte. Dabei ist dieser Nachzug schon jetzt sehr streng geregelt und betrifft nur ca. 50 - 60 Gesuche jährlich.

Im Rat drohten wir deshalb, die gesamte Vorlage scheitern zu lassen. Damit konnten wir erreichen, dass einige FDP-Mitglieder im letzten Moment dem Verbleib des Familiennachzuges zustimmten. Somit schickte der Nationalrat die Vorlage - auch mit unserer Unterstützung - an den Ständerat zur zweiten Lesung zurück.





Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI)

Erfreulich(er)es zu berichten gibt es zu diesem unerfreulichen Volksentscheid: eine Mehrheit aus allen Fraktionen (geschlossen gegen die SVP) hat einen Vorschlag erarbeitet, der die Bilateralen Verträge und das Personenfreizügigkeitsabkommen nicht gefährdet. Dieser Vorschlag erhielt die Bezeichnung „Inländervorrang Light“.

Ich bin froh, dass wir im Nationalrat diesen Kompromiss gefunden haben. Die SP hat von Anfang an gesagt, dass der MEI-Verfassungartikel nicht mit den Bilateralen vereinbar sei - die SVP beteuerte im Abstimmungskampf stets das Gegenteil. Interessanterweise heulen jetzt genau die gleichen Leute auf und machen ein Theater wegen des Umsetzungsvorschlages.

Das Referendum gegen die Umsetzung wird die SVP wohl nicht ergreifen. Sie ist sich in der Zwischenzeit bewusst geworden, dass die Mehrheit des Schweizer Volkes die bestehenden Verträge und das gute Verhältnis zur EU nicht gefährden möchte. Dabei war mutmasslich die Hauptabsicht hinter der Initiative, die Bilateralen anzugreifen.

Rentenreform

Bei dieser Reform hat die rechtsbürgerliche Mehrheit den Realitätssinn vollständig verloren und sich gänzlich an die Vorgaben der Versicherungen und der Wirtschaft gehalten. Das Endresultat ist verheerend: es verlieren alle, insbesondere die Frauen:

- Rentenalter 65 für alle
- automatische Rentenaltererhöhung auf 67
- keine AHV-Renten-Erhöhung

Sollte der Ständerat nicht korrigierend eingreifen, wird diese Reform sicherlich vom Stimmvolk abgelehnt werden.

Erleichterte Einbürgerung der 3. Generation

In ihrer Parlamentarischen Initiative aus dem Jahr 2008 forderte Ada Marra, es den Grosskindern von Menschen, die zu uns in die Schweiz gekommen sind, zu erleichtern, die Schweizer Staatsbürgerschaft zu erhalten. Acht Jahre später verabschiedete das Parlament diesen Vorschlag. Lest dazu meinen [eSPress-Beitrag](#) vom 29. September 2016.

Einen meiner Newsletter verpasst? Kein Problem: [Hier gehts zum Archiv](#).

Du kennst jemanden, der Interesse an meinem Newsletter hat? Eine Anmeldung ist jederzeit [online](#) möglich.

